
Erhard Eppler: Abrüstung - Frieden - Position der evangelischen Kirche

Dr. Erhard Eppler, geb. 1926, ist Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentages.

I.

Die evangelischen Kirchen in Deutschland, und zwar sowohl die in der DDR als auch die in der Bundesrepublik, haben ihre Friedensdiskussion seit 1950, seit der Zeit, als der damalige Präses der EKD-Synode, Gustav Heine-

mann, als Bundesinnenminister aus der Regierung Adenauer ausschied, weil der Kanzler den Westalliierten deutsche Verbände innerhalb der NATO angeboten hatte. In dieser Diskussion lassen sich einige Phasen unterscheiden:

Die *erste Phase* dauerte etwa von 1950 bis 1955. Umstritten war die Wiederaufrüstung und der Beitritt der Bundesrepublik zum westlichen Paktsystem (erst Europäische Verteidigungsgemeinschaft, dann NATO). Dabei verwoben sich politische und theologische Argumente. Vor allem in der Bekennenden Kirche - also in dem Teil der Kirche, der sich der NS-Herrschaft widersetzt hatte - bestanden viele darauf, daß ein Volk, „dem Gott so sichtbar die Waffen aus der Hand geschlagen“ hatte, sich nicht schon wenige Jahre danach wieder nach Waffen drängen dürfe. So entstand in einer Kirche, die bis dahin praktisch keine pazifistische Tradition hatte, ein radikaler Pazifismus, für den als Symbol der ehemalige U-Boot-Kommandant Martin Niemöller stand. Wirksamer allerdings waren damals die politischen Argumente, vorgebracht zuerst von Gustav Heinemann, wonach jede Aufrüstung Deutscher gegen Deutsche die deutsche Spaltung vertiefen und den Frieden zusätzlich gefährden müsse.

In der *zweiten Phase*, die vor allem die letzten Fünfzigerjahre und den Beginn der Sechzigerjahre umfaßte, ging es um die ethische Bewertung von Massenvernichtungsmitteln, vor allem von Atomwaffen. Während personell die Fronten der ersten Phase fast unverändert blieben, überwogen jetzt die theologischen Überlegungen: Durfte ein Christ, zu welchem Zweck auch immer, andere Menschen massenweise austilgen mit jener Bombe, die im strengen Sinne gar keine Waffe mehr war, sondern - eben - ein Mittel zur Massenvernichtung? Dazu ließ sich - einigermaßen gemeinsam - ein Nein formulieren. Aber durfte man mit solchen Mitteln drohen, um abzuschrecken, in der Absicht, eben dadurch den Holocaust zu vermeiden? Dazu sagten viele ja. Aber konnte man abzuschrecken, ohne bereit zu sein, eben das zu tun, was man vermeiden wollte?

Auf der Spandauer Synode Ende April 1958 schien die Kirche an diesem Konflikt auseinanderzubrechen. Im Jahr darauf bemühten sich einige Glieder der Kirche - ohne offiziellen Auftrag -, gemeinsam zu formulieren, was noch gemeinsam war. So entstanden die Heidelberger Thesen von 1959, an denen Carl Friedrich von Weizsäcker maßgeblich mitwirkte. Gemeinsam ließ sich sagen:

These 1:

„Der Weltfriede wird zur Lebensbedingung des technischen Zeitalters“, oder

These 3:

„Der Krieg muß in andauernden und fortschreitenden Anstrengungen abgeschafft werden“, oder

These 4:

„Die tätige Teilnahme an dieser Arbeit für den Frieden ist unsere einfachste und selbstverständlichste Pflicht.“

Aber es sollte auch das, was die evangelische Christenheit trennte, benannt und „komplementär“ formuliert werden. Die beiden Grundhaltungen fanden Ausdruck in der *These 7:*

„Die Kirche muß den Waffenverzicht als eine christliche Handlungsweise anerkennen“ und *These 8:*

„Die Kirche muß auch die Beteiligung an dem Versuch, durch das Dasein von Atomwaffen einen Frieden in Freiheit zu sichern, als eine heute noch mögliche christliche Handlungsweise anerkennen.“

Das unbedingte Nein und das bedingte Ja zu atomaren Massenvernichtungsmitteln sollten sich gegenseitig ergänzen, zumindest insoweit, als beide Positionen sich immer von der jeweils anderen anfechten, herausfordern, korrigieren, in Frage stellen lassen sollten. Der Zwang, die eigene Position im Gespräch mit dem andersdenkenden Bruder zu erklären und zu rechtfertigen, hat sicher die Diskussion vertieft und den kritischen Blick geschärft. Aber konnte es dabei bleiben? Im Grunde ist die Kirche bis heute nicht über diese „Komplementarität“ hinausgekommen. Auf dem Kirchentag in Hannover 1967 wurde dann die Formel vom Friedensdienst mit und ohne Waffen gefunden-einprägsam, beruhigend, aber doch etwas zu bequem, als daß sie lange halten konnte.

Die *dritte Phase* der Friedensdiskussion in der EKD begann durch die Ostdenkschrift 1965 und fand ihren Abschluß etwa zu dem Zeitpunkt, als Ende 1972 eine klare Mehrheit der Bürger Willy Brandts Friedenspolitik billigte. In dieser Phase verschoben sich die Fronten. Männer wie Erwin Wilkens oder Eberhard Stammler, die sich für die Aufrüstung ausgesprochen hatten, standen, gestützt auf die Ostdenkschrift, für Brandts Ostpolitik ein. Es gab sogar offizielle Verlautbarungen des Rates der EKD, die als Votum für die Ostverträge verstanden werden konnten.

II.

Die *vierte Phase*, die zum Ende der Siebzigerjahre begann und noch nicht zu Ende ist, war mit der dritten durch die Enttäuschung darüber verbunden, daß Friedenspolitik - sogar wo sie erfolgreich war - noch keinen Frieden garantierte. Die Abrüstung, die den Verträgen folgen sollte, blieb aus, im Gegenteil: das Tempo der Rüstung beschleunigte sich. Und im Dezember 1979 kündigte

sich an, was die Achtzigerjahre beherrschen sollte: Der Brüsseler Beschluß der NATO und die Invasion in Afghanistan zeigten, daß eine Epoche der relativen Entspannung zu Ende war.

In dieser vierten Phase brach wieder auf, was in der zweiten nicht ausgetragen werden konnte. Die Frage nach der Stationierung neuer Mittelstreckenraketen stellte die Deutschen vor eine Entscheidung: Sollten auf ihrem Territorium Vernichtungsmittel stationiert werden, mit denen die Sowjetunion direkt bedroht wurde? War das Konzept, das dahinter stand, noch jene Abschreckung, die 1959 in den Heidelberger Thesen als „eine christliche Handlungsweise“ hingenommen wurde?

Von 1979 bis 1981 mühte sich die Kammer für öffentliche Verantwortung der EKD mit dem Versuch ab, zu klären, ob jenes „heute noch“ von 1959 auch gut zwei Jahrzehnte später noch gelten konnte. Die Kammer rang sich schließlich zu einem Kompromiß durch. Einerseits bestätigte sie: „Die Kirche muß auch heute, 22 Jahre nach den ‚Heidelberger Thesen‘, die Beteiligung am Versuch, einen Frieden in Freiheit durch Atomwaffen zu sichern, weiterhin als eine für Christen noch mögliche Handlungsweise anerkennen.“ Andererseits wurde dieses „immer noch möglich“ an neue Bedingungen gebunden: „Allein, diese Handlungsweise ist nur in einem Rahmen ethisch vertretbar, in welchem alle politischen Anstrengungen darauf gerichtet sind, Kriegsursachen zu verringern, Möglichkeiten gewaltfreier Konfliktbewältigung auszubauen und wirksame Schritte zur Senkung des Rüstungsniveaus zu unternehmen.“

Nun hätte sich mit Fug und Recht schon 1981 argumentieren lassen, wir seien von der Erfüllung solcher Bedingungen weiter entfernt denn je. Seit dem Dezember 1979 konnte man wahrlich nicht mehr behaupten, „alle politischen Anstrengungen“ seien darauf gerichtet, „Kriegsursachen zu verringern.“ Von ernsthaften „Versuchen gewaltfreier Konfliktlösung“ war weder in Moskau noch in Washington irgend etwas zu bemerken, und das „Rüstungsniveau“ wurde nicht „gesenkt“, sondern in einem Wettlauf ohnegleichen in die Höhe getrieben.

Die Denkschrift von 1981 hat die Auseinandersetzung in der Kirche nicht beendet - das konnte und wollte sie nicht; sie hat den Streit nicht einmal entschärft - und das wollte sie. Dies hat mehrere Gründe:

Einmal wurde der Kompromiß der Kammer von manchen, zumal vom Vorsitzenden der Kammer selbst, so behandelt und benutzt, als hätte die Kirche damit vorläufig ihre Pflicht getan und könne nun angeben, warum sie in praktischen Fragen, zumal in der Frage der Raketenstationierung, nichts tun könne,

ja nicht einmal dürfe. Zum andern hat sich seit 1981 herausgestellt, daß im Pentagon - und spiegelbildlich wohl auch in Moskau - neue atomare Strategien mit neuen atomaren Waffen entwickelt und in Kraft gesetzt worden sind. Daraus ergab sich für viele, daß alle Christen, ob sie nun die siebte oder achte These von Heidelberg für sich in Anspruch nehmen, zu diesen Strategien nur ein unmißverständliches Nein sagen konnten.

War die Theorie der „massive retaliation“, also der massiven Vergeltung, noch die Warnung der damals atomar eindeutig überlegenen USA an die eindeutig unterlegene Sowjetunion, keine konventionellen Vorstöße zu wagen, da sonst die sowjetischen Städte ausgelöscht würden - diese Phase der Abschreckung lief gerade aus, als die Heidelberger Thesen formuliert wurden -, so plante die Theorie von der „mutual assured destruction“, also der gegenseitig gesicherten Zerstörungskraft, die Verwundbarkeit beider Seiten als Zwang zur Erhaltung des Friedens ein. Noch im Salt-I-Vertrag von 1972 verzichteten beide Seiten auf jede wirksame Abwehr der gegnerischen Raketen, jede Seite gab ihre Bevölkerung der andern zur Geisel, jede erklärte der anderen: Daß wir nicht zuschlagen können, ohne selbst zu sterben, wißt Ihr so gut wie wir, also werden wir es nicht tun. Abschreckung des Gegners und Selbstabschreckung gehörten zusammen. Es gab wohl Gründe, auch für Christen, im atomaren Zeitalter dies für einen vorübergehend hinnehmbaren Zustand zu halten.

Inzwischen gehört die „mutual assured destruction“ der Vergangenheit an. Aufgrund von Dokumenten, die ich an anderer Stelle ausführlich zitiert und ausgewertet habe, läßt sich die neue Abschreckungsdoktrin Weinbergers - die sich aus Ansätzen seit Beginn der Siebzigerjahre, besonders aus der Arbeit des Verteidigungsministers Schlesinger entwickelte - so formulieren: Abschreckung ist nur wirksam, wenn sie nicht gleichzeitig Selbstabschreckung ist. Daher müssen die USA die Fähigkeit erlangen, auch einen atomaren Krieg im Sinne von Clausewitz zu führen, durchzustehen und zu gewinnen. Erst wenn die entsprechenden Waffen - und dazu gehört die Pershing 2 mit ihrer verschwindend geringen Vorwarnzeit - dem Gegner klagemacht haben, daß die USA auch einen atomaren Krieg gewinnen können, ist die Abschreckung wirksam, erst dann braucht Krieg nicht mehr geführt und gewonnen zu werden. Erst dann gewinnen die USA die Handlungsfähigkeit in der ganzen Welt zurück, die durch das atomare Patt verloren ging.

III.

Daß diese Strategie im besten aller denkbaren Fälle zu einem verzweifelten, bis zur ökonomischen Erschöpfung betriebenen Rüstungswettlauf führen

muß, liegt auf der Hand. Daß der Versuch, die absolute Abschreckung und damit die absolute Sicherheit herbeizurufen, tödlich enden muß, habe ich an anderer Stelle dargetan. Dieser Beweisführung ist auch innerkirchlich bisher nicht mit Argumenten widersprochen worden. Und so nimmt die Zahl derer zu, die von ihrer Kirche ein „Nein ohne jedes Ja“ zumindest zu dem erwarten, woran sich die Bundesrepublik in diesem Herbst durch Bereitstellung ihres Territoriums beteiligen soll. Manche Gruppen, besonders die reformierten, von Calvin herkommenden Kirchen, wollen dieses Nein ohne jedes Ja zu jeder Herstellung, Stationierung und Verwendung von Massenvernichtungsmitteln, und sie leiten dieses Nein unmittelbar von ihrem Glauben ab.

Wie stark die Bewegung für ein Nein in der Kirche geworden ist, haben die Kirchentage von Hamburg und Hannover gezeigt. Aber sie haben auch deutlich gemacht, daß die kirchenleitenden Gremien nicht mehr ausreichend repräsentativ sind. Die 120000 Christen in Hannover, meist jüngere Menschen, gut die Hälfte Frauen, fühlen sich weder von den Kammern noch vom Rat der EKD voll vertreten. In den leitenden Gremien, auch in der EKD-Synode, dominieren die Männer über 50, auf dem Kirchentag die Frauen unter 30. Dies kann nicht lange gutgehen, wenn, wie dies heute geschieht, ein elementarer Bewußtseinswandel die Jüngeren rascher und tiefer ergreift als die Älteren. Dann stehen sich nicht nur Meinungen, verschiedenes Ermessen, abweichende Einschätzungen, gegensätzliche Theologien gegenüber, sondern Bewußtseinslagen, zwischen denen es keine Brücken mehr gibt, es sei denn die staunend-fröhliche Toleranz von Hannover.

Wo immer Friedensbewegung dynamisch, überzeugend, ansteckend wirkt, wird man christliche, meist evangelische Gruppen nicht lange suchen müssen. Die violetten Tücher, die das Bild des Deutschen Evangelischen Kirchentages prägten, dürften auch im Herbst zu sehen sein. Die heitere Entschiedenheit von Hannover wird noch andernorts spürbar werden. Die ansteckende Friedfertigkeit christlicher Friedensgruppen ist eine Hoffnung nicht nur für die Friedensbewegung, sondern auch - und auch da scheiden sich die Geister - für unsere politische Kultur, die gerade an diesem Punkt von der amerikanischen noch einiges zu lernen hat.

Verrechnen werden sich alle, die-in der Bundesrepublik wie in der DDR-darauf hoffen, dies alles sei brennendes Stroh. Es ist brennendes Holz, brennende Kohle. Denn es ist verbunden mit einer Neuentdeckung der Teile des Neuen Testaments, die sich durch keine Interpretationskunst in eine Sicherheitsideologie umbiegen lassen. Wo das, was wir als Sicherheitskonzepte hinzunehmen und mitzutragen gewohnt waren, sich als tödliche Utopie spätimperialer Technokraten entpuppt, wirkt die Bergpredigt realistischer als manches NATO-Kommunique.

POSITIONEN

Die evangelischen Kirchen insgesamt aber sind nicht am Ziel, sondern auf dem Weg, auf dem Weg zu mehr gemeinsamer Eindeutigkeit - so wie die Kirchen in den Vereinigten Staaten, die katholischen wie die protestantischen; so wie die Ökumene in Vancouver. Auf diesem Wege wird es Gabelungen geben, an denen auseinanderzugehen scheint, was Jahrhunderte zusammengeblieben war. Und doch wird auch dann, wie in Spandau 1958, nicht *mehr* zu sagen sein als dies: „Wir bleiben unter dem Evangelium zusammen und mühen uns um die Überwindung dieser Gegensätze“.